

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung (20. TA)

der Bezirksvertretung für den

Stadtbezirk III

am Donnerstag, 04.12.2025,
Villa Wuppermann - Bürgerzentrum,
Kaminzimmer (EG),
Mülheimer Straße 14, 51375 Leverkusen
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Frank Schönberger

CDU - Bezirksbürgermeister

CDU

Ulrike Hölzer

Michael Prangenberg

Fraktionsvorsitzender

SPD

Brigitte Boersch

Yilmaz Bulut

Wolfgang Pockrand

Fraktionsvorsitzende

Stv. Bezirksbürgermeister

AfD

Regina Noe

Yannick Noe

Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefanie Henke

Stephanie Krause

2. stv. Bezirksbürgermeisterin und
Fraktionsvorsitzende

Die Linke

Ralf Venzke

FDP

Andy Franke

Beratendes Ratsmitglied:

Benedikt Rees

Klimaliste Leverkusen

Es fehlt:

CDU

Georg Karl Wollenhaupt

Verwaltung:

Susanne Weber	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)
Frank Weiffen	Kultur und Stadtmarketing (18)
Sandra Janczura	Ordnung und Straßenverkehr (36) - zugeschaltet -
Christiane Jäger	Mobilität und Klimaschutz (31) - zugeschaltet -
Conchita Laurenz	Mobilität und Klimaschutz (31)
Johanna Schmidt	Mobilität und Klimaschutz (31) - zugeschaltet -
Dörte Hedden	Umwelt (32)
Stefanie Arrondeau	Kinder und Jugend (51) - zugeschaltet -
Nelly Schreiner	Sportpark Leverkusen (SPL) - zugeschaltet -
Anke Luchterhand-Homberger	Gebäudewirtschaft (65)
Jan Schmandt	Stadtgrün (67)
Schriftführung:	
Julia Montag	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

T a g e s o r d n u n g

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....	6
2	Niederschriften	6
3	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW.....	6
3.1	Erneuerung und Erweiterung der Spielgeräte auf dem Spielplatz Martin- Buber-Straße - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 22.10.2025 - Nr.: 2025/3556.....	6
4	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2025).....	7
	Dezernat I	8
5	Nachtragsanträge/-vorlagen	8
	Dezernat II.....	8
6	Nachtragsanträge/-vorlagen	8
	Dezernat III.....	8
7	Verkehrsberuhigende Umgestaltung der Strombergstraße – Ausweisung als Verkehrsberuhigter Bereich gemäß § 45 Abs. 1b Nr. 6 StVO - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 25.05.2025 - m. Stn. v. 20.11.2025 - Nr.: 2025/3369.....	8
8	Entsiegelung Modul 2 und Priorisierung der Umsetzung bestehender Beschlüsse zu Entsiegelungsmaßnahmen - Nr.: 2025/3531.....	9
9	2. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Leverkusen.....	10
9.1	Änderungsantrag der Gruppe FDP vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3547 - Nr.: 2025/0070.....	10
9.2	Verwaltungsvorlage - m. Anfr. der FDP-Ratsgruppe v. 21.11.2025 m. Stn. v. 28.11.2025 - Nr.: 2025/3547.....	10

10	Nachtragsanträge/-vorlagen	11
10.1	KVB soll zu Buswendeschleife in Schlebusch berichten - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2025 - Nr.: 2025/0082.....	11
	Dezernat IV.....	12
11	"Frühe Hilfen" in Leverkusen ab 2026 - Nr.: 2025/3561.....	12
12	Wirtschaftsplan 2026 des Sportpark Leverkusen - Nr.: 2025/3559.....	12
13	Nachtragsanträge/-vorlagen	12
13.1	Kulturelle Veranstaltungen im Stadtgebiet - Kulturförderung 1. Halbjahr 2026 - Nr.: 2025/3572.....	12
	Dezernat V.....	13
14	8. Änderung der Satzung für die Friedhöfe der Stadt Leverkusen.....	13
14.1	Hinweis auf Haustiere im Grab ermöglichen - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3480 - Nr.: 2025/0074.....	13
14.2	Verwaltungsvorlage - m. Anfr. v. Ratsmitglied Konrad (SPD) v. 14.11.2025 m. Stn. v. 02.12.2025 - Nr.: 2025/3480.....	13
15	Nachtragsanträge/-vorlagen	14
15.1	GGs Morsbroicher Straße 14 - Erweiterung zur 3-Zügigkeit - Kostenanpassung - Nr.: 2025/3553.....	14

Nichtöffentliche Sitzung

Seite

1	Eröffnung der Sitzung.....	
2	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2025) Dezernat I.....	
3	Nachtragsanträge/-vorlagen Dezernat II.....	
4	Nachtragsanträge/-vorlagen Dezernat III.....	
5	Nachtragsanträge/-vorlagen Dezernat IV.....	
6	Nachtragsanträge/-vorlagen Dezernat V.....	
7	Nachtragsanträge/-vorlagen	
7.1	Ankauf Containeranlagen - Nr.: 2025/3567.....	

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Bezirksbürgermeister Frank Schönberger eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bezirksbürgermeister Frank Schönberger auf die vorgelegte Arbeitstagesordnung hin. Dieser wird einstimmig zugestimmt.

2 Niederschriften

Die Niederschrift über die 1. Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 03.11.2025 wird zur Kenntnis genommen.

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

3.1 Erneuerung und Erweiterung der Spielgeräte auf dem Spielplatz Martin-Buber-Straße

- Eingabe nach § 24 GO NRW vom 22.10.2025
- Nr.: 2025/3556

Bezirksbürgermeister Frank Schönberger liest eine schriftliche Stellungnahme der Petentin vor, die nicht persönlich an der Sitzung teilnehmen konnte:

„Vielleicht können Sie noch einmal deutlich darstellen, wie wichtig und beliebt genau dieser Spielplatz ist. Im Sommer liegt er fast komplett im Schatten, sodass sogar Kinder aus anderen Stadtteilen extra hierhergekommen sind. Zudem haben wir sehr sehr viele Kinder in unserer Siedlung. Der Spielplatz war immer gut besucht und Familien haben sich hier getroffen. Seitdem das Gerüst weg ist, ist dort gar nichts mehr los und man sieht selten ein anderes Kind. Viele überlegen nun, Spielgeräte in den Garten zu stellen, aber dann geht der soziale Kontakt endgültig verloren.“

Jan Schmandt (67) erläutert, dass der Spielplatz an der Martin-Buber-Straße für ältere Kinder eingeordnet ist und daher hier auch keine Kleinkinderspielangebote vorgesehen sind. Die Erweiterung des Kinderspielplatzes an der Martin-Buber-Straße um ein Kleinkinderspielangebot würde einen Umbau des gesamten Spielplatzes erfordern, da der Kleinkinderspielbereich in der Planung möglichst räumlich vom Spielbereich der größeren Kinder zu trennen ist. Aufgrund der Größe der zur Verfügung stehenden Fläche ist dies jedoch kaum möglich.

Eine Vergrößerung um einen Kleinkinderspielbereich würde voraussichtlich

50.000 Euro kosten. Die zusätzlich gewünschte Erweiterung um ein inklusiv zu nutzendes Spielangebot würde zusätzliche Kosten in Höhe von rund 40.000 Euro bedeuten, da auch eine Zuwegung sichergestellt werden müsste. Dies würde eine weitestgehende Befestigung und die Rodung der vorhandenen Vegetation bedeuten.

Aufgrund der aktuellen Haushaltslage ist derzeit keine Ersatzbeschaffung oder Überplanung des gesamten Spielplatzes möglich. Sobald Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, werden entsprechende Mittel für Ersatzbeschaffungen beantragt sowie Förderprogramme im Hinblick auf Spielplätze geprüft. Es handelt sich nach Sicht des Fachbereichs Stadtgrün nicht um eine Maßnahme nach § 82 GO. Der Fachbereich Stadtgrün schlägt den Einbau einer Kombianlage mit zwei Türmen, Seilbrücke und einer Rutsche – entsprechend der vormals vorhandenen Anlage – vor, sofern entsprechende Haushaltsmittel oder Förderprogramme zur Verfügung stehen. Die Kosten für das Ersatzgerät werden auf rund 40.000 Euro geschätzt. Die Ersatzbeschaffung auf diesem Spielplatz wird priorisiert.

Bezirksmitglied Andy Franke (FDP) beantragt die Prüfung von Fördermitteln durch die Verwaltung. Bezirksmitglied Michael Prangenberg (CDU) bittet ergänzend die Finanzierung über die kleinen Investitionsmaßnahmen zu prüfen.

Ratsmitglied Benedikt Rees (Klimaliste Leverkusen) schlägt vor, auch Sponsoring in die Prüfung einzubeziehen.

Bezirksbürgermeister Frank Schönberger lässt sodann darüber abstimmen, die Verwaltung mit der Prüfung von Fördermitteln, Sponsoring, kleinen Investitionsmaßnahmen und sonstigen Finanzierungsmaßnahmen zu beauftragen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird für die Ersatzbeschaffung einer Kombianlage mit zwei Türmen, Seilbrücke und einer Rutsche für den Spielplatz an der Martin-Buber-Straße beauftragt, eine Finanzierung über Fördermittel, Sponsoring, kleine Investitionsmaßnahmen oder sonstige Finanzierungsmaßnahmen zu prüfen.

- einstimmig -

4 Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2025)

Es werden keine Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2025) gestellt.

Dezernat I

5 Nachtragsanträge/-vorlagen

Bis auf den Tagesordnungspunkt 13.1, der bereits hinter dem Tagesordnungspunkt 4 behandelt wurde, liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats I zur Beratung vor.

Dezernat II

6 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats II zur Beratung vor.

Dezernat III

7 Verkehrsberuhigende Umgestaltung der Strombergstraße – Ausweisung als Verkehrsberuhigter Bereich gemäß § 45 Abs. 1b Nr. 6 StVO
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 25.05.2025
- m. Stn. v. 20.11.2025
- Nr.: 2025/3369

Conchita Laurenz (31) erläutert, dass das Geschwindigkeitsprofil, welches in der Strombergstraße vom 29.09.2025 bis zum 06.10.2025 erstellt wurde, keine gravierenden Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt hat. Aufgrund der Ergebnisse wird keine zwingende Erforderlichkeit nach § 82 GO NRW für geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen, wie Sperrflächen oder Baken, gesehen.

Bezirksbürgermeister Frank Schönberger schildert seine Eindrücke aus dem Ortstermin mit den Anwohnenden der Strombergstraße am 08.09.2025 und weist auf die Gefahren für die Verkehrsteilnehmenden hin.

Bezirksmitglied Michael Prangenberg (CDU) erläutert, dass alternierendes Parken eingeführt werden könnte, dadurch jedoch Parkplätze entfallen würden.

Beschluss:

Wie Antrag

- einstimmig dagegen -

Bezirksbürgermeister Frank Schönberger bittet darum, den Anwohnenden das Beratungsergebnis mitzuteilen sowie auf die Möglichkeit des alternierenden Parkens hinzuweisen, sofern die Anwohnenden auf Parkplätze verzichten

ten können.

[Redaktioneller Hinweis: Seitens der Verwaltung wird die Markierung von (alternierenden) Stellplätzen in der Strombergstraße aufgrund des Straßenquerschnittes als nicht durchführbar eingeschätzt.]

- 8 Entsiegelung Modul 2 und Priorisierung der Umsetzung bestehender Beschlüsse zu Entsiegelungsmaßnahmen
- Nr.: 2025/3531

Susanne Weber (01) verweist auf die Beratungsergebnisse aus der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 01.12.2025 und den dort gestellten Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der sich unter anderem auf die Gesamtschule Schlebusch bezieht und einstimmig mit der Gesamtvorlage beschlossen wurde:

„Zur Gesamtvorlage

- An erster Stelle der Priorisierung steht die Entsiegelung des Parkplatzes an der Musikschule mit den zuvor genannten Ergänzungen.
- Unmittelbar danach folgen die Entsiegelungsmaßnahmen an den Schulstandorten Gesamtschule Schlebusch und Käthe-Kollwitz-Gesamtschule Rheindorf. Hier baut die Verwaltung auf den bereits vorliegenden Planungen bzw. Planungs- und Baubeschlüssen auf und treibt die Beantragung von entsprechenden Fördermitteln voran.
- Erst nachrangig folgen alle weiteren Entsiegelungsprojekte aus den Entsiegelungsmodulen 1 und 2 sowie sonstige Entsiegelungsmaßnahmen.“

Bezirksmitglied Michael Prangenberg (CDU) moniert, dass keine aktuellen Kosten für die Entsiegelung der Gesamtschule Schlebusch vorliegen. Susanne Weber (01) verweist auf die ursprüngliche Vorlage „Aufwertung des Schulhofs der städtischen Gesamtschule Leverkusen-Schlebusch“ (Nr. 2024/2716), in der Kosten in Höhe von 188.000 € für die Aufwertung des Schulhofs vermerkt sind. Bezirksmitglied Michael Prangenberg (CDU) erklärt, dass diese Kosten zwischenzeitlich veraltet sein dürften. Er weist darauf hin, dass er vor diesem Hintergrund nicht über diese Maßnahme abstimmen kann.

Bezirksmitglied Wolfgang Pockrand (SPD) schlägt vor, die Vorlage in den Rat am 15.12.2025 zu vertagen und die Verwaltung mit einer Kostenaufstellung für die Entsiegelung der Gesamtschule Schlebusch zu beauftragen, die bis zur Ratssitzung vorliegen soll. Hierüber lässt Bezirksbürgermeister Frank Schönberger abstimmen:

- einstimmig –

[Redaktioneller Hinweis: Die Kostenschätzung für die Gesamtschule Schlebusch beläuft sich auf 164.819,76 €. Die vollständige Kostenschätzung ist

der Vorlage Nr. 2025/3531 als Anlage beigelegt.]

- 9 2. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Leverkusen
- 9.1 Änderungsantrag der Gruppe FDP vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3547
- Nr.: 2025/0070
- 9.2 Verwaltungsvorlage
- m. Anfr. der FDP-Ratsgruppe v. 21.11.2025 m. Stn. v. 28.11.2025
- Nr.: 2025/3547

Die Tagesordnungspunkte 9.1 (Änderungsantrag Nr. 2025/0070) und 9.2 (Vorlage Nr. 2025/3547) werden gemeinsam beraten.

Bezirksmitglied Andy Franke (FDP) erläutert den Änderungsantrag seiner Gruppe. Er beantragt ergänzend die Verlängerung der im § 23 Absatz 3 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Leverkusen genannte Frist für die zur Berechnung des benötigten Gefäßvolumens erforderlichen Angaben und Auskünfte von zwei auf drei Wochen.

Dörte Hedden (32) spricht sich gegen die Verlängerung aus und appelliert, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Des Weiteren spricht sie sich gegen die mit dem Antrag Nr. 2025/0070 beantragten Änderungen in den §§ 10 Abs. 5 und 15 Abs. 3 der Abfallentsorgungssatzung aus. Die Abfallbehälter verringern regelmäßig die Restgehwegbreite und können Behinderungen im Berufsverkehr durch Sichtbeeinträchtigung darstellen. Außerdem besteht die Gefahr der Vermüllung und falschen Sortierung, wenn Personen im Vorbeigehen ihren Müll in die falschen Mülltonnen werfen.

Nachdem die Fragen des Gremiums beantwortet wurden, lässt Bezirksbürgermeister Frank Schönberger über den Änderungsantrag der Gruppe FDP abstimmen (Änderungsantrag Nr. 2025/0070).

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Änderungsantrag

dafür: 1 (FDP)
dagegen: 10 (3 CDU, 3 SPD, 2 AfD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Enth.: 1 (Die Linke)

Sodann lässt Bezirksbürgermeister Frank Schönberger über die von Bezirksmitglied Andy Franke (FDP) beantragte Verlängerung der im § 23 Absatz 3 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Leverkusen genannten Frist für die zur Berechnung des benötigten Gefäßvolumens erforderlichen Angaben und Auskünfte von zwei auf drei Wochen abstimmen:

- einstimmig -

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Vorlage Nr. 2025/3547 inklusive der Verlängerung der im § 23 Absatz 3 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Leverkusen genannten Frist für die zur Berechnung des benötigten Gefäßvolumens erforderlichen Angaben und Auskünfte von zwei auf drei Wochen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage inklusive der zuvor genannten Änderung des § 23 Absatz 3

- einstimmig -

10 Nachtragsanträge/-vorlagen

10.1 KVB soll zu Buswendeschleife in Schlebusch berichten - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2025 - Nr.: 2025/0082

Conchita Laurenz (31) stellt den aktuellen Sachstand zu den Umbaumaßnahmen an der Buswendeschleife im Bereich der Linie 4 in Schlebusch vor: Die Planung und Ausschreibung des vollständigen Umbaus der Wendeschleife sind seitens der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB) seit etwa einem Jahr abgeschlossen und – mit Ausnahme der Regenentwässerung – mit dem bei der Stadt Köln zuständigen Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau abgestimmt. Da im Umfeld der Haltestelle kein öffentlicher Entwässerungskanal vorhanden ist, muss das anfallende Regenwasser vor Ort versickert werden. Die bisherige Versickerungsanlage ist nicht mehr funktionsfähig und kann auch nicht reaktiviert werden. Auf Grundlage der aktuellen Bemessungsvorgaben wurde daher eine unterirdische Rigolenentwässerung vorgesehen. Für straßenbezogene Versickerungsanlagen gelten allerdings besonders strenge Anforderungen, weshalb die Planungen zunächst von den Stadtentwässerungsbetrieben Köln (StEB) geprüft wurden. Aktuell erarbeitet die KVB nach Vorgaben der StEB einen Versickerungsantrag, der anschließend bei der Unteren Wasserbehörde der Stadt Köln eingereicht wird. Nach Einreichung des Antrags wird die KVB gemeinsam mit der Unteren Wasserbehörde prüfen, ob eine Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen parallel zur Antragsprüfung möglich sind, um den Gesamtprozess zu beschleunigen. Die Bauausführung ist nach aktueller Planung mit einem Zeitraum von etwa drei bis vier Monaten veranschlagt.

Die bestehende Ersatzhaltestelle bleibt bis zur Fertigstellung der Maßnahme weiterhin in Betrieb. Zum jetzigen Zeitpunkt kann daher keine verlässliche Aussage getroffen werden, wann die Buswendeschleife an der Haltestelle „Schlebusch, Stadtbahn“ wieder in Betrieb genommen werden kann.

Conchita Laurenz (31) weist darauf hin, dass die KVB die Zusage erteilt hat, in der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 05.02.2026 zum Sachstand der Baumaßnahme zu berichten.

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vertagt den Antrag einstimmig in die nächste Sitzung.

Dezernat IV

- 11 "Frühe Hilfen" in Leverkusen ab 2026
- Nr.: 2025/3561

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 12 Wirtschaftsplan 2026 des Sportpark Leverkusen
- Nr.: 2025/3559

Nachdem Ratsmitglied Benedikt Rees (Klimaliste Leverkusen) zahlreiche Fragen an die Verwaltung gerichtet hat und diese beantwortet wurden, beantragt Bezirksmitglied Wolfgang Pockrand (SPD) das Ende der Debatte. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend lässt Bezirksbürgermeister Frank Schönberger über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 13 Nachtragsanträge/-vorlagen

- 13.1 Kulturelle Veranstaltungen im Stadtgebiet - Kulturförderung 1. Halbjahr 2026
- Nr.: 2025/3572

Der Tagesordnungspunkt 13.1 (Vorlage Nr. 2025/3572) wird aufgrund der Zuständigkeit des Dezernats I vorgezogen und hinter dem Tagesordnungspunkt 4 beraten.

Bezirksbürgermeister Frank Schönberger gibt gem. § 31 GO NRW die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Bezirksbürgermeister, Wolfgang Pockrand (SPD), ab und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Beschluss:

Im ersten Halbjahr 2026 wird die in der Anlage 1 der Vorlage aufgeführte städtische Förderung, soweit sie in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III fällt, gewährt:

Fotoprojekt/Ausstellung „Black & White“ Ausstellung/Projekt Förderverein Freudenthaler Sensenhammer e.V.	2.000,00 €
--	------------

Die Höhe der Projektförderung beträgt 2.000,00 €.

- einstimmig -

Anschließend übernimmt Bezirksbürgermeister Frank Schönberger wieder die Sitzungsleitung.

Dezernat V

- 14 8. Änderung der Satzung für die Friedhöfe der Stadt Leverkusen
- 14.1 Hinweis auf Haustiere im Grab ermöglichen
 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3480
 - Nr.: 2025/0074
- 14.2 Verwaltungsvorlage
 - m. Anfr. v. Ratsmitglied Konrad (SPD) v. 14.11.2025 m. Stn. v. 02.12.2025
 - Nr.: 2025/3480

Die Tagesordnungspunkte 14.1 (Änderungsantrag Nr. 2025/0074) und 14.2 (Vorlage Nr. 2025/3480) werden gemeinsam beraten.

Ratsmitglied Yannick Noe (AfD) stellt den Änderungsantrag, das Kölner- und Weihermodell durch die Verwaltung prüfen zu lassen und bis zum Rat eine Stellungnahme vorzulegen. Nachdem Susanne Weber (01) erläutert hat, dass sich dieser Änderungsantrag auf die Gebührensatzung für die Friedhöfe bezieht, die nicht in den Bezirksvertretungen vorberaten wird, zieht er seinen Änderungsantrag zurück.

Susanne Weber (01) weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II mehrheitlich den mündlichen Änderungsantrag von Die Linke befürwortet hat, wonach die Bestattung ohne Sarg für alle zu bestattenden Personen, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, ermöglicht und die 8. Änderungssatzung Friedhöfe entsprechend angepasst wird. Die Verwaltung bemüht sich, die beantragte Änderung bis zum Rat final zu prüfen.

Jan Schmandt (67) erläutert, dass eine ausdrückliche Kennzeichnung von Haustieren an der Grabstätte nicht zugelassen werden kann. Die aktuelle Regelung beruht nicht auf einer Ermessensentscheidung des Fachbereichs Stadtgrün, sondern folgt den rechtlichen und ethischen Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen. Grundlage hierfür ist der Erlass des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (heute MAGS NRW) vom 15.06.2015 sowie die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW. Beide enthalten eine eindeutige Vorgabe, dass Hinweise auf die Einbringung von Tiersache nicht an der Grabstätte angebracht werden dürfen.

Bezirksmitglied Stefanie Henke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht den Antrag ihrer Fraktion aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zurück.

Sodann lässt Bezirksbürgermeister Frank Schönberger über die Vorlage Nr. 2025/3480 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 11 (3 CDU, 3 SPD, 2 AfD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)
Enth.: 1 (Die Linke)

15 Nachtragsanträge/-vorlagen

15.1 GGS Morsbroicher Straße 14 - Erweiterung zur 3-Zügigkeit - Kostenanpassung - Nr.: 2025/3553

Ratsmitglied Yannick Noe (AfD) moniert, dass der Bauausschuss aufgrund des verfristeten Eingangs der Vorlage nicht vorberatend tätig sein konnte.

Anke Luchterhand-Homberger (65) erläutert, wieso die Kosten für die Erweiterung der GGS Morsbroicher Straße 14 zur 3-Zügigkeit gestiegen sind und weist darauf hin, dass Regressansprüche geprüft werden.

Nachdem die Fragen des Gremiums beantwortet wurden, erfolgt die Abstimmung über die Vorlage.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig –

Bezirksbürgermeister Frank Schönberger schließt die öffentliche Sitzung gegen 18:05 Uhr.

Frank Schönberger
Bezirksbürgermeister
für den Stadtbezirk III
TOP 1 bis 13 und TOP 14 bis 15.1

Wolfgang Pockrand
Stellvertretender Bezirksbürger-
meister für den Stadtbezirk III
TOP 13.1

Julia Montag
Schriftführerin